

NR. 2, JULI 2021

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **ZOPFI:** ES IST ZEIT FÜR DIE EHE FÜR ALLE SEITE 6
- › **LICHTVERSCHMUTZUNG:** MEHR RAUM FÜR DIE NACHT SEITE 9
- › **TAGUNG:** NACHHALTIGE WIRTSCHAFT 5.0 – VOM ZIEL HER DENKEN SEITE 12



MEHR RAUM

FÜR DIE NACHT

LIBERTÉ, EGALITÉ, PFEFFERMINZTÉ!

Riesige Auswahl an Heilkräutern.


neubauer
gmbh

...sorgt für Leben im Garten

BIOGÄRTNEREI | NATURGÄRTEN
8586 Erlen TG neubauer.ch

ZU WARM UNTERM DACH?


CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unserer Dämmung
bleibt die Hitze draussen!

Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem
besonderen Angebot und dem guten Service.
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-,
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps
und dem grossen Medienkatalog mit **E-Shop!**



für Küche, Haushalt, Bad, Garten,
Kleiderschrank und Geschenksideen
Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden
www.biosfair.ch

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1750 Mitglieder und
Sympathisant*innen der GRÜNEN
in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei vier Schaltungen ein
Inserat gratis, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Herzklopfen

Planung, Ausführung und
Unterhalt von Naturgärten
8577 Schönholzerswilen
Telefon 071 633 29 84
www.natur-gaerten.ch



ENDLICH DEN WANDEL, STATT EINFACH WEITER SO!

Liebe GRÜNE

Klima- und Umweltschutzthemen aber auch soziale Anliegen stossen im Kanton Schaffhausen auf sehr viel Widerstand. Noch immer lassen sich hier prominente Stimmen vernehmen, die den Klimawandel anzweifeln und uns Panikmache vorwerfen. Statt konkrete politische Meinung abzugeben, verweisen sie auf die Selbstverantwortung. Diese kurzsichtige und rücksichtslose Haltung gegenüber der Umwelt und der Bevölkerung ist auch bei der Steuerpolitik von juristischen Personen erkennbar, halten diese doch an der unsozialen Steuerdumpingpolitik und dem Status Quo fest.

Für Umwelt- und Menschenschutz

Wir GRÜNE setzen uns für die Umwelt, das Klima, eine nachhaltige Wirtschaft sowie für soziale Gerechtigkeit und Bildung für alle ein. Das gilt für die Arbeitswelt, in der Globalisierung, Flexibilisierung und Digitalisierung neue Unsicherheiten schaffen. Das gilt für Politik und Gesellschaft, in der hemmungsloser Populismus, Entsolidarisierung, Angriffe auf Demokratie und Beschneidung der Menschenrechte um sich greifen.

Um Herausforderungen wie den konsequenten Klimaschutz, die ökologische Modernisierung der Wirtschaft, mehr soziale Gerechtigkeit und Anerkennung sowie mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft zu meistern, braucht es auch neue Kommunikationswege. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, beim Bulletin OSTGRÜN mitzumachen. Wir sind überzeugt, über diesen Kanal breiter über Missstände informieren zu können, zu Aktionen aufzurufen oder einfach nur Danke zu sagen für Euer Engagement. Denn dauerhafter Erfolg ist nur im Miteinander, im Team möglich.

Stehen wir gemeinsam für eine solidarische und ökologische Gesellschaft ein.



Roland Müller
Präsident GRÜNE SH, Kantonsrat
roland.mueller@gruene-sh.ch



OSTGRÜN NR. 2/2021

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Harfenbergstr. 17, 9000 St.Gallen

Juli 2021
Erscheint 3-mal jährlich

Auflage: 1750 Exemplare
Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Priska Müller Wahl (GL), Maya Crameri (GR), Roland Müller (SH)
Gestaltung: Daniel Bosshard
Titelbild: Christian Ehrat
Porträtfotos S. 4 – 6: Béatrice Devènes
Druck: Druckerei Walpen, Gossau



NATIONALRAT MACHT BEIM KLIMASCHUTZ VORWÄRTS

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt hat der Nationalrat in der Sommersession die Förderung von einheimischen und erneuerbaren Energien deutlich ausgebaut. Die neuen Förderungen entsprechen etwa der jährlichen Stromproduktion von drei AKW.

KEG. Die sogenannte kostendeckende Einspeisevergütung KEV ist gemäss aktuellem Energiegesetz bis Ende 2022 befristet. Das heisst, dass ab 2023 Biogas-, Wind-, Kleinwasserkraft- und Geothermieanlagen nicht mehr gefördert werden können. Für Photovoltaikanlagen ist bereits früher die Einmalvergütung eingeführt worden, welche bis 2031 befristet ist. Damit keine Förderlücke entsteht, hat der grüne Nationalrat Bastien Girod 2019 einen Vorstoss eingereicht, um das Energiegesetz zu ändern. Dieses ist in der Sommersession vom Nationalrat mit einem selten starken Abstimmungsresultat von 187 zu 3 angenommen worden.

Investitionsbeiträge von bis zu 60%

Die Umweltkommission UREK hat nicht einfach nur die Fristen des bestehenden Gesetzes verlängert, sondern hat die Förderungen um- und ausgebaut. Neu gibt es für alle Technologien Investitionsbeiträge (anstelle der KEV) in der Höhe von bis zu 60% der Kosten. Investitionsbeiträge sind wesentlich effizienter, weil mit dem gleichen Geld viel mehr Anlagen gefördert werden

können. Und der*die Investor*in erhält das Geld zum Zeitpunkt, wenn er oder sie selber das Geld braucht.

Bei der Photovoltaik konnten wir erreichen, dass bei Anlagen, welche kaum einen Eigenverbrauch haben, Förderungen bis 60% der Investitionskosten

ausbezahlt werden können (heute 10 bis 20%). Damit wird es wieder möglich, grössere Anlagen auf Industrie- und Land-

wirtschaftsdächern wirtschaftlich zu betreiben. Ebenfalls ausgebaut werden konnte die Förderung von Biomasseanlage wie z.B. landwirtschaftliche Biogasanlagen.

Vorlage wird von allen Parteien unterstützt

Dass die Vorlage von allen Parteien unterstützt wurde, hat wesentlich damit zu tun, dass nebst der Förderung der Photovoltaik auch diejenige für die Wasserkraft ausgebaut wurde. Grosswasserkraftwerke erhalten weiterhin Geld, wenn der Marktpreis des Stroms unter den Gestehungskosten liegt. Unterlegen sind die GRÜNEN auch bei der Kleinwasserkraft. Wir haben uns dafür

eingesetzt, dass Kleinwasserkraftwerke weniger unterstützt werden. Diese leisten keinen nennenswerten Beitrag zur Stromproduktion und die Eingriffe in die kleinen Gewässer sind aus ökologischen Gründen problematisch.

Jährliche Energiemenge von 3 AKW

Schätzungen gehen davon aus, dass mit den beschlossenen Förderungen in den nächsten 10 Jahren erneuerbarer und einheimische Energie zugebaut werden kann, welche der dreifachen Energiemenge des abgestellten AKW Mühleberg oder des AKW Beznau entspricht. Ein grosser Anteil davon, etwa 80 Prozent, werden grosse Solaranlagen sein, z.B. auf Landwirtschafts- oder Industriedächern.

«Neu gibt es für
alle Technologien
Investitionsbeiträge.»



Kurt Egger
Nationalrat GRÜNE TG



STEUERSENKUNGEN GEFÄHRDEN

AMBITIONIERTE KLIMAPOLITIK

Die Abschaffung der Stempelsteuer führt zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe. Davon profitieren in erster Linie multinationale Unternehmen, Banken und Versicherungen. Die GRÜNEN unterstützen das Referendum gegen den Stempelsteuer-Bschiss.

FRY. In der letzten Session haben die Bürgerlichen ein folgenschweres Steuer-Abbauprojekt aufgelegt. Im Schatten der Diskussion über die eidgenössischen Abstimmungen wurde der erste Teil der Stempelabgabe abgeschafft.

Die Stempelabgabe ist eine Steuer, die bei der Ausgabe und dem Handel von Wertschriften und auf Versicherungsprämien erhoben wird. Wenn heute eine Firma beispielsweise ihr Aktienkapital erhöht und neue Aktien ausgibt, wird eine Emissionsabgabe von 1% erhoben. Und beim Kauf oder Verkauf dieser Aktien wird auf jede Transaktion eine Umsatzabgabe erhoben. Abgesehen von dieser Stempelabgabe ist der Finanzsektor heute weitgehend steuerbefreit: Mehrwertsteuer gibt es bei Finanzprodukten nicht. Der vor über 100 Jahren eingeführte Stempel dient also als Ausgleich für die sonstige Steuerprivilegierung.

Weitere Steuerprivilegien

Nun wollen die Bürgerlichen den Finanz- und Versicherungssektor aber noch weiter bevorzugen. In einem ersten Schritt soll die Emissionsabgabe aufgehoben werden. Das führt zu Steuerausfällen von 250 Millionen Franken

jährlich. Mit den Folgeprojekten (Umsatzabgabe und Abgabe auf Versicherungsprämien) sollen dann Mindereinnahmen von über 2 Milliarden Franken in Kauf genommen werden. Wer profitiert davon? In erster Linie multinationale Unternehmen, Banken und Versicherungen. Dabei wurden Grossunternehmen bereits mit der letzten Unternehmensteuer-Senkung im Rahmen der STAF stark entlastet. Den Gemeinden und Kantonen fehlen diese Steuergelder.

Klimaschutz erfordert stabile Finanzen

Dabei ist es gerade jetzt wichtig, dass die öffentliche Hand genügend Mittel zur Verfügung hat. Nicht nur um die 30 Milliarden zusätzlicher Ausgaben durch Covid zu decken, sondern vor allem, um unsere Klimaziele rechtzeitig zu erreichen. Zur Bekämpfung der Klimaerhitzung muss der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben und die energetischen Sanierungen von Gebäuden beschleunigt werden. Ambitionierte Klimapolitik geht nur mit stabilen öffentlichen Finanzen.

Gerade nach dem Nein zum CO2-Ge-

setz, welches einen Teil des Klimaschutzes verursachergerecht finanziert hätte, werden noch mehr Aufgaben auf die öffentliche Hand zukommen. Klimaschutz muss künftig noch stärker über den Bundeshaushalt finanziert werden. Mit Steuerausfällen in Milliardenhöhe bringen wir diese Investitionen in Gefahr.

«Das führt zu Steuerausfällen von 250 Millionen Franken jährlich.»

Die GRÜNEN haben deshalb zusammen mit der SP und den Gewerkschaften das Referendum ergriffen. Wir wollen eine weitere Schwächung der Bundesfinanzen verhindern. Hilfst du uns dabei? Schick uns den beigelegten Unterschriftenbogen ausgefüllt zurück. Zusammen können wir die Mittel für Investitionen in den Klimaschutz retten.



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



ES IST ZEIT

FÜR DIE EHE FÜR ALLE

Am 26. September stimmen wir über die Ehe für alle ab. Endlich wird im Zivilgesetzbuch die Ehefreiheit, die unsere Verfassung schon lange kennt, umgesetzt. Die Öffnung der Ehe für alle ist eine Forderung, welche die GRÜNEN bereits vor über 20 Jahren im Nationalrat eingebracht haben.

MZO. «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.» steht in Artikel 14 der Bundesverfassung. Eine schnörkellose Zusammenfassung des umfassenderen Artikels 54 der Bundesverfassung von 1874, die jede Beschränkung des Rechtes auf Ehe aus kirchlichen oder ökonomischen Gründen, Verhaltens oder «anderen polizeilichen Gründen» verbot. Davor kam es vor, dass einzelne Kantone gemischtkonfessionelle Ehen nicht zulassen oder armen Leuten das Heiraten verunmöglichten.

Der Staat kontrollierte so das Familienleben und letztlich das Lebensmodell seiner Bürger*innen. Die Bundesverfassung tat das Gegenteil, indem sie den Entscheid zur Heirat dem Individuum überliess.

Ausüben können dieses verfassungsmässige Recht jedoch nur Heterosexuelle, weil das Zivilgesetzbuch die gleichgeschlechtliche Ehe nicht zulässig.

Öffnung der Ehe kurz vor dem Ziel

Die GRÜNEN versuchen schon lange, dies zu ändern. 1998 beantragte Ruth Genner, die Ehe für alle zu öffnen. Das

führte zur Einführung der eingetragenen Partnerschaft. 2020, mit dem Schwung des neu zusammengesetzten Parlaments, konnte nun endlich die Öffnung der Ehe für alle erreicht werden. Oder könnte, denn konservative Kreise haben das Referendum ergriffen; am 26. September stimmen wir ab.

Diskriminierung ist unbegründet

«Es ist genug Ehe für alle da», liest man im Vorfeld dieser Abstimmung. Wieso soll es mich beeinflussen, wie andere ihr Zusammenleben regeln? Wieso sollte der Staat einigen Bürger*innen ein Lebensmodell erlauben, anderen aber dasselbe verbieten? Die Ehe bietet erbrechtliche Vorteile oder hat (noch) Einfluss auf die Besteuerung, aber vor allem ist sie eine emotionale Angelegenheit und das Bekenntnis zweier Menschen, die Zukunft miteinander verbringen zu wollen. Die Diskriminierung in den erstgenannten Fällen ist unbegründet, die im letzten Fall anmassend und übergriffig. Ob geheiratet wird, ist eine höchstpersönliche Entscheidung und die Öffnung der Ehe stärkt dieses (konservative) Institut.

Die Gegner behaupten, es gebe keine Diskriminierung, weil Ungleiches ungleich zu behandeln sei. Ungleich deshalb, weil es nicht um das Zusammenleben von Mann und Frau (mit

«Die Ehe ist vor allem das Bekenntnis zweier Menschen, die Zukunft miteinander verbringen zu wollen.»

Kindern) gehe. Aber können zwei gleichgeschlechtliche Menschen nicht gleich zusammenleben wollen? Können Homosexuelle sich

nicht gleich lieben? Was ist mit Paaren, die keine Kinder bekommen können, wenn das die Ehe ausmacht? Das sind rhetorische Fragen. Die Motivation der Gegner besteht darin, Lebensmodelle werten und beeinflussen zu wollen. Doch diese Zeiten sind vorbei. Ich freue mich deshalb, wenn auch wir in der Ostschweiz am 26. September mit grossem Mehr, Menschen, die sich lieben, die Ehe ermöglichen.



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL

**Ja,
ich will**



KEIN AUSLÄNDERSTIMMRECHT

AUF KOMMUNALER STUFE

Die GRÜNEN sorgten mit ihrer Motion «Mehr Demokratie wagen – Gemeindeautonomie im Bereich der politischen Rechte erhöhen» für eine hitzige Debatte im St.Galler Kantonsrat. Obwohl die Regierung die Gutheissung der Motion beantragte, lehnte der Kantonsrat diese schliesslich deutlich ab.

SKO. Ist politische Mitbestimmung ein Menschenrecht? Oder soll sie ein Privileg sein, das man sich verdienen muss? Wem stehen politische Rechte zu, und wer soll über die Verleihung dieser Rechte entscheiden? Die GRÜNEN nehmen das Jubiläum «50 Jahre Frauenstimmrecht» zum Anlass, über diese staatspolitischen Grundsatzfragen neu zu reflektieren und zu debattieren.

Demokratieverständnis ist einem steten Wandel unterworfen

Für die meisten Schweizer*innen ist es heute völlig unverständlich, dass die weibliche Hälfte der Bevölkerung bis ins Jahr 1971 von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen war. Die Geschichte lehrt, dass das Demokratieverständnis einem steten Wandel unterworfen ist und wir uns davor hüten sollten, unsere heutige Auffassung als letztgültig zu betrachten. Der Ausschluss gewisser Bevölkerungsgruppen von der politischen Mitbestimmung erscheint aus zeitgenössischer Sicht jeweils als Selbstverständlichkeit, kann jedoch bereits aus der Distanz weniger Jahrzehnte als fragwürdig und illegitim beurteilt werden. Ausweitungen der politischen Rechte stossen stets auf erbitterten Widerstand, werden im

Nachhinein jedoch kaum mehr in Frage gestellt.

In anderen Kantonen und Gemeinden bereits eingeführt

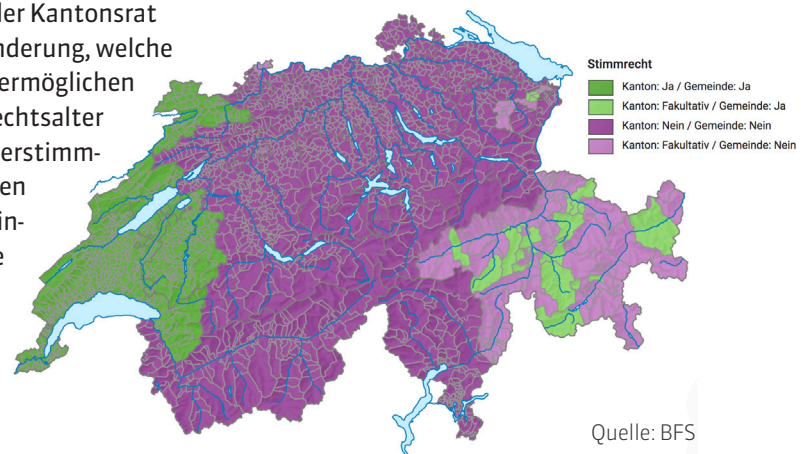
Mehrere Kantone kennen bereits ein Ausländerstimmrecht auf Gemeinde- (NE, JU, VD, FR, GE) und auf Kantonsebene (NE, JU) (siehe Grafik). In AR, GR und BS steht es den Gemeinden frei, das Ausländerstimmrecht auf kommunaler Stufe einzuführen. Im Jahr 2007 hat der Kanton GL das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt und im Herbst 2020 stimmte der Nationalrat einer Motion zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 auf Bundesebene zu.

Vor diesem Hintergrund forderten die GRÜNEN im St.Galler Kantonsrat eine Verfassungsänderung, welche es den Gemeinden ermöglichen sollte, das Stimmrechtsalter 16 und das Ausländerstimmrecht in kommunalen Angelegenheiten einzuführen. Es wurde bewusst ein vorsichtiger Ansatz gewählt, welcher der Gemeindeautonomie und dem

Subsidiaritätsprinzip Rechnung getragen hätte.

Keine Chance im Kantonsrat

Erfreulicherweise zeigte sich die Regierung aufgeschlossen und beantragte, die Motion in Bezug auf das Ausländerstimmrecht gutzuheissen. Im Kantonsrat stiess dieser Antrag jedoch auf heftige Gegenwehr. Die Debatte gipfelte in der polemischen Frage des SVP-Sprechers, ob die Regierung «den Verstand verloren» habe. Schliesslich wurde die Motion von der SVP-FDP-CVP-Mehrheit wuchtig abgeschmettert. Einmal mehr zeigte sich, dass die Uhren in St.Gallen langsamer ticken als in anderen Kantonen.





BODENSEE-TURMFALKEN

HAUTNAH IM LIVESTREAM

In der letzten Juniwoche sind im Evangelischen Kirchturm in Romanshorn drei junge Turmfalken flügge geworden. Das Leben der Falken konnte mit einer Kamera rund um die Uhr live beobachtet werden. Es waren mitunter spannende, aber auch herzerreissende Momente zu beobachten.

MBE. Der Vorstand des Vogel- und Naturschutzvereins Romanshorn durfte im Juni 2020 eine Kirchturmbesteigung durchführen. Ziel war es in erster Linie herauszufinden, ob der Turm von einer Fledermauskolonie bewohnt wird. Dieser Verdacht konnte zwar nicht bestätigt werden, allerdings entdeckte man hoch oben im Turmdach einen seltsamen Kasten am Fenster, der, so sagte die Mesmerin, von jungen Turmfalken bewohnt sei. Es entstand die Idee, eine Kamera im Nistkasten aufzuhängen und diese über einen Livestream der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Idee wurde im Februar 2021 in die Tat umgesetzt.

Von der Balz bis zur Aufzucht

Ab Tag 1 konnte das Turmfalken-Pärchen täglich beobachtet werden, wie es gebalzt und das Weibchen auch zeitweise im Kasten übernachtet hatte. Ein spezielles Balzritual bei den Turmfalken ist das Brautgeschenk des Männchens. Es bringt dem Weibchen ab und zu einen Leckerbissen in Form einer Maus oder Eidechse und signalisiert so dem Weibchen sein Interesse. Mit der Balz liessen sich die Falken

jedoch Zeit, der ganze März und April war mehrheitlich davon geprägt und auch aus einem ersten Osterei Anfang April wurde nichts. Erst am 24. April lag überraschend dann endlich das erste Ei im Kasten. Das Weibchen legte von nun an jeden zweiten Tag ein Ei bis insgesamt 6 Eier gelegt waren. Die



Brut begann aber erst mit dem vierten Ei. So wird dafür gesorgt, dass alle Küken in etwa zur gleichen Zeit schlüpfen. Am 28. Mai, also nach gut einem Monat, war es dann soweit. Das

erste Küken kämpfte sich aus dem Ei und drei Geschwister folgten ihm am selben Tag. Aus Ei 5 und 6 schlüpfen nochmals 1 bis 2 Tage verzögert junge Falken.

Natürliche Selektion «hautnah»

Die Freude währte aber nur kurz, denn schnell zeichnete sich ab, dass von den sechs jungen Falken die zwei Jüngsten zu klein sind, um sich gegen die bereits grösseren und stärkeren Geschwister zu behaupten. Küken 5 und 6 hatten keine Chance und überlebten die ersten Tage leider nicht. Küken 4 machte lange Zeit einen guten Eindruck, hatte dann aber auch bei einigen Fütterun-

gen das Nachsehen und wurde immer schwächer. Die grausamsten Szenen bahnten sich an. Der Todeskampf dauerte fast einen Tag und es wurde schliesslich von den Geschwistern mit Hilfe der Mutter verspiesen. Die Natur ist grausam, aber effizient.

Ab Brutsaison 2022 wieder online

Den 3 verbliebenen Küken geht es aber prächtig. Die Altvögel waren kaum noch vor der Kamera zu sehen, sondern warfen in regelmässigen Abständen Mäuse, Blindschleichen und Eidechsen rein. Hauslieferdienst sozusagen. Die Kamera wird über den Sommer und Herbst deaktiviert, der Kasten gereinigt. Für die Saison 2022 werden die Bodensee-Falken aber wieder online gehen – vielleicht sogar mit einer zusätzlichen Aussenkamera.

Marco Bertschinger
Umweltingenieur FH

KONTAKT

Vogel- und Naturschutz Romanshorn & Umgebung

info@bodensee-falken.ch
www.vnsro.ch

www.bodensee-falken.ch
Facebook: Naturnetz Romanshorn
Instagram: Naturnetz Romanshorn



MEHR RAUM

FÜR DIE NACHT

Am 13. Juni 2021 hat die Schaffhauser Bevölkerung über die von den GRÜNEN lancierte Volksinitiative «Mehr Raum für die Nacht (Lichtverschmutzungsinitiative)» abgestimmt. Leider wurde die Initiative knapp abgelehnt. Mit einem JA-Anteil von 47,3% konnte dennoch ein Achtungserfolg erzielt werden.

ASA. Trotz Niederlage an der Urne haben die GRÜNEN mit dieser Initiative eine Vorreiterrolle in der Bekämpfung der Lichtverschmutzung eingenommen. Denn es zeigt sich, dass die Problematik von störendem Kunstlicht mit seinen verheerenden Auswirkungen auf Biodiversität und Gesundheit nicht nur von der Schaffhauser Bevölkerung, sondern auch über die Kantonsgrenzen hinweg vermehrt thematisiert und wahrgenommen wird.

Was wollte die Initiative erreichen?

Auch im mehrheitlich ländlich geprägten Kanton Schaffhausen nimmt die Lichtverschmutzung mehr und mehr zu. Deren Folgen werden immer deutlicher erkennbar:

- Massives Insektensterben durch Lichtlockung;
- Stress, Erschöpfung und Orientierungslosigkeit bei den Vögeln durch Lichtabstrahlung;
- Verhaltensveränderung bei Fischen, Amphibien, wirbellosen Tieren und

TIPP

Wissenswertes für umweltschonende Beleuchtung und den Schutz der Nacht findet man bei Dark-Sky Switzerland: www.darksky.ch

sogar bei Pflanzen, durch die Aufhellung der Nacht;

- Zerstörung des nächtlichen Ökosystems durch die Zunahme der Lichtmenge;
- Schlafstörungen bei uns Menschen durch Lichtimmissionen;
- Wir sehen kaum noch Sterne aufgrund der massiven Lichtaufhellung des nächtlichen Himmels.

Seit Jahren sind im kantonalen Umweltrecht vielversprechende Formulierungen zur Eindämmung der Lichtverschmutzung rechtskräftig. Beim Vollzug jedoch mangelt es, weil keine Konkretisierungen folgten und keine Bewilligungspflicht besteht. Auch der Regierungsrat und die Mehrheit des Kantonsrats scheinen die Ernsthaftigkeit des Problems nicht erkannt zu haben.

Initiative auf Hilferuf der Natur

Deshalb haben die GRÜNEN mit dieser Initiative eine Verordnung mit griffigen Vorgaben und Grenzwerten, einer Beratungsstelle und einer Bewilligungspflicht für Aussenlicht-Anlagen zur Eindämmung von schädlichem Kunstlicht gefordert. Mit der Lichtverschmutzungs-Initiative haben die GRÜNEN auf

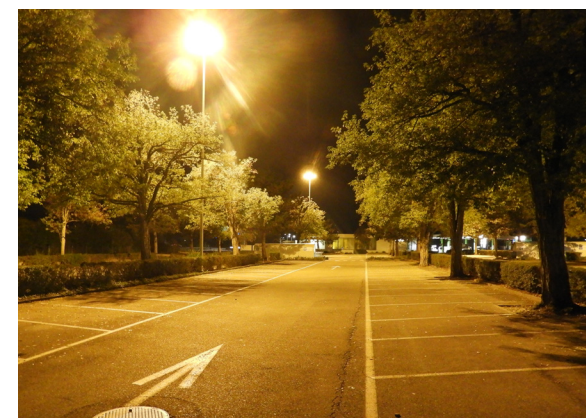
Bilder: Diverse Beleuchtungen erhellen den Nachthimmel über Schaffhausen (Christian Ehrat).

den Hilferuf der Natur reagiert, welche sich mehr Raum für die Nacht wünscht.

Wie geht es weiter?

Trotz Ablehnung der Initiative werden die GRÜNEN nun genau beobachten, wie die im kantonalen Umweltschutzgesetz bereits vorhandenen Forderungen zur Eindämmung von Kunstlicht auch ohne konkrete Verordnung vom Regierungsrat umgesetzt werden. Weitere politische Vorstösse, z.B. auf kommunaler Ebene, werden von uns geprüft bzw. unterstützt.

André Sauter
Mitglied Initiativkomitee





GRAUBÜNDEN SAGT JA

ZUM PROPORZWahlRECHT

Im neunten Anlauf hat der Kanton Graubünden der Einführung des Proporzwahlrechts zugestimmt – überdeutlich mit 79% JA-Stimmen. Damit ist ein Durchbruch gelungen, der die Grossratswahlen 2022 prägen und den GRÜNEN erstmals Sitze beschern könnte.

KSC. Bereits am 13. Oktober 1918 wurde für den Nationalrat das Verhältniswahlrecht (Proporz) eingeführt. Doch im Kanton Graubünden dauerte es sehr lange: 1937 scheiterte die Proporz Einführung erstmals, letztmals 2013.

Wer die Macht hat, will Majorzwahlen

Der Grund für diese Verzögerung: Machterhalt. Die dominanten Parteien klammern sich ans Mehrheitswahlsystem. Das ist sogar auf dem Weg einer halbgenen Proporz Einführung möglich. Im Kanton Schwyz wurde bereits 1898 unter dem Deckmantel der Proporz Einführung ein Mischsystem mit dem Majorz eingeführt, das den Katholisch-Konservativen ihre alte Machtposition garantierte.

Genau so war es auch heutzutage für den neunten Bündner Proporz anlauf geplant. Zwar stand der Kanton unter dem ultimativen Druck des Bundesgerichts, endlich mehr Gerechtigkeit beim Stimmengewicht zu ermöglichen. Von Regierung und bürgerlichen Parteien wurde jedoch vorerst ein Mischsystem mit teilweisen Majorzwahlen in bestimmten Wahlkreisen befürwortet. Vorab dank der SP, die ihre bereits eingereichte Volksinitiative zur Reduktion des Grossen Rates von 120 auf 90 Sitze als Druckmittel benutzte, gelang der Durchbruch. FDP (heute 36 Sitze) und BDP (23) lenkten ein, die SP (19) zog ihre Initiative zurück, die Kleinen SVP (9) und GLP (3) waren ohnehin für den Proporz. Nur die zweitmächtigste Bündner Partei, die CVP mit 30 Sitzen, bockte. Sie gab lediglich Stimmfreigabe zur Proporz Einführung aus.

Schlussstand: 101 zu 0 für den Proporz

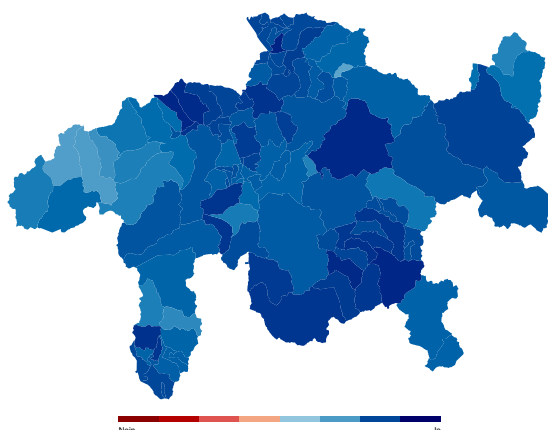
Das Ergebnis vom 13. Juni ist historisch: Alle 101 Gemeinden sagten JA, in weltoffenen städtischen oder touristischen Gemeinden mit bis zu 88% und sogar in der katholischen Hochburg Disentis mit 59% (siehe Grafik links). Entscheidend für dieses Ergebnis ist der sogenannte «Bündner Kompro-

miss» (siehe Kasten) der auch die ganz kleinen Wahlkreise am Leben hält, was dort faktisch die Mehrheitswahl erhält.

Für die GRÜNEN ergeben sich dennoch neue Chancen, bereits im Wahlkampf 2022: Neu werden die Grossratssitze gemäss den insgesamt im Kanton abgegebenen Parteistimmen vergeben. Erhalten die GRÜNEN bei den nächsten Grossratswahlen 2022 insgesamt über 3% der Stimmen, erhalten auch wir einen oder mehrere Grossratssitze. Für uns heisst das: Auf zur Kandidat*Innensuche! Denn nur wer sich zeigt und engagiert, kann auch gewinnen.

BÜNDNER KOMPROMISS

Als eigentliche Bündner Spezialität wird das Kantonsparlament weiterhin Vertreter*innen aus allen, auch den wenig bevölkerten Talschaften wie dem Bergell, Rheinwald und Avers enthalten, da alle bisherigen Wahlkreise bestehen bleiben, auch jene mit nur einem oder zwei Grossratssitzen. Das begünstigt weiterhin die grossen Parteien. Doch so werden auch künftig die Anliegen aller abgelegenen Talschaften direkt im Grossen Rat gehört. Wohl aufgrund dieser föderalen Austarierung wurde die Proporzvorlage so eindeutig bejaht.





DAS GLARNERLAND

NACHHALTIG BEWEGEN

Vorfahrt für den Langsamverkehr: Das fordern die Glarner GRÜNEN mit «Slow Sundays Klöntal» an der Landsgemeinde. Die Jungen engagieren sich besonders stark: Am 8. August 2021 startet der 1. Vorbild-Event für klimafreundlichere Mobilität.

PMU. Die Jungen Grünen im Kanton Glarus sind engagiert für eine klimafreundlichere Freizeitmobilität: Als coronabedingt die ausserordentliche Landsgemeinde im September 2020 nicht stattfand, haben sie stattdessen den Memorialsantrag «Slow Sundays» eingereicht. Der verlangt mindestens acht autofreie Sonntage im Ausflugsort Klöntal. Darin erwähnen sie, dass an diesen Tagen der Langsamverkehr Vorfahrt haben soll und im Klöntal ein anderer, nachhaltiger Tourismus ohne Verkehrschaos erwünscht ist. Dieses politische Thema ist seither in aller Munde.



Eva-Maria Kreis, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Glarus

Im Dezember 2020 hat der Glarner Landrat den Antrag mit Stimmen aus fast allen Parteien an die Landsgemeinde überwiesen. So entscheidet das Glarner Stimmvolk im Mai 2022 darüber. Die Zufahrt zum als touristischen «Geheimtipp» viel gepriesenen idyllischen Bergtal ist an sonnigen Wochenenden völlig zugestopft. Für Velofahrende ist ein Ausflug zum kühlen Bergsee gefährlich und unattraktiv geworden. Am 8. August 2021 möchten die Jungen Grünen mit weiteren Organisationen am ersten Event «Chlüntel und zwar langsam» zeigen, dass eine andere Freizeitmobilität das Erlebnis «Klöntal» noch genussvoller machen kann.

Priska Müller hat bei Eva-Maria Kreis, der Co-Präsidentin der Jungen Grünen, die auch den Event 2021 organisiert, nachgefragt:

Was treibt dich an und wieso ist es jetzt ein gutes Thema für Junge Grüne?

Das Klöntal ist im Kanton Glarus eines der Paradebeispiele für die Probleme, die sich uns in puncto zukunftsfähiger Mobilität stellen. Und die durchschnittlich mit dem Auto gefahrenen Kilometer nehmen noch immer jährlich

zu – ein Grossteil davon sind Freizeitfahrten. Mit dem Verkehr haben wir also den grössten Hebel zur Bewältigung der Klimakrise.

Was möchtet ihr mit den Events zu «Slow Sunday» bewirken?

Die Gemeinde lässt neu die Zufahrt zum Klöntal sperren, sobald alle Parkplätze besetzt sind. Dies begrüssen wir als ersten, wichtigen Schritt. Die «Slow Sundays» und auch die damit verbundene Förderung des Langsamverkehrs sind ein wichtiger Beitrag zu einem nachhaltigen Tourismus. Dazu braucht es mehr ÖV-Verbindungen, Carsharing-Angebote, wie die sogenannten «Mitfahrbänkli» und eben: autofreie Tage.

Was hat der Memorialsantrag bei der Bevölkerung im Glarnerland bewegt?

Wir spüren viel Interesse gegenüber unserem Anliegen. Das freut uns sehr – noch mehr aber freuen wir uns auf die hoffentlich intensiven Diskussionen rund um Verkehr und Tourismus. Sehr gefreut hat uns, dass der Memorialsantrag vom Landrat mit 33 Stimmen (10 sind nötig) für erheblich erklärt worden ist – das ist ein gutes und wichtiges Zeichen.



NACHHALTIGE WIRTSCHAFT 5.0 – VOM ZIEL HER DENKEN

Eine Tagung in Arbon hat damit begonnen, nachhaltige Wirtschaft von der Vision über ein System-Design bis hin zum konkreten Projekt zu konzipieren. Aus diesem Ansatz sind bereits erste Initiativen hervorgegangen.

WKE. Wir werden den Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft nur schaffen, wenn wir auch die Wirtschaft, ihren «Motor», nachhaltig gestalten. Eine nachhaltige Wirtschaft muss sowohl die ökologischen Grenzen unserer Erde respektieren, als auch allen Menschen die Befriedigung ihrer materiellen Grundbedürfnisse ermöglichen. Diese Einsicht teilen immer mehr Menschen. Die Tagung «Nachhaltige Wirtschaft 5.0» am 19. Juni in Arbon stiess auf erfreulich grosse Resonanz: 25 Teilnehmende, darunter die grüne Nationalrätin Regula Rytz und Nationalrat Kurt Egger, Kantonsrätinnen und -räte, ein Abgeordneter des Vorarlbergischen Landtags, ein Finanzexperte, Unternehmer*innen sowie verschiedene Interessierte arbeiteten hochmotiviert am Thema.

Die Tagung ging von zwei Grundvoraussetzungen aus:

- Eine bessere Wirtschaftsordnung muss vom Ziel, von einer besseren Vision her gedacht werden, und nicht von unseren aktuellen Problemen.
- Da die Wirtschaft ein komplexes System ist, müssen auch Lösungen als System konzipiert werden.

Aus diesem Grund bildete die Tagung eine Folge von aufeinander aufbauenden Fragestellungen:

■ Wie soll die Schweizer Wirtschaft im Jahr 2040 aussehen?

Die Vision einer nachhaltigen Schweizer Wirtschaft im Jahr 2040 wurde von den Teilnehmenden formuliert; unter anderem als eine demokratische Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschen dient, Kooperation fördert und keinen Abfall mehr produziert. Sollte dieses «Schweizer Modell» sogar international zum Vorbild werden?

■ Wie könnte ein solches Wirtschaftssystem funktionieren?

Im nächsten Schritt der Tagung wurden aus den Teilnehmenden «System-Designer*innen», die für verschiedene Aspekte der Wirtschaft System-Modelle erzeugten. Diese Modelle stellen graphisch die Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtschafts-Elementen dar. Auf diese Art bildeten die Teilnehmenden alternative Wirtschafts-Modelle zu den Themen «Geld», «global/lokal», «Unternehmen» und «Arbeit».

■ Welche Teile davon wollen wir realisieren?

Aus den Modellen wurden sieben Projekte abgeleitet und konzipiert.

■ Was fangen wir als erstes an?

Für zwei dieser Projekte fanden sich Teilnehmende die bereit sind, diese konkret in die Tat umzusetzen: «TransFormation Thurgau» soll ein Wirtschaftskonzept erarbeiten, um landwirtschaftlichen Betrieben die Umstellung auf mehr pflanzliche Produkte zu ermöglichen. Die Gruppe «DACH-Wirtschaft» will die wirtschaftspolitischen Akteure im Bodensee-Raum organisatorisch vernetzen und inhaltlich weiterarbeiten.

Die Initiant*innen der Tagung sind überzeugt, dass mit diesem Ansatz produktiv weitergearbeitet werden kann. Anfragen zum Newsletter, Informationen oder zur Mitarbeit an der «Nachhaltigen Wirtschaft» sind willkommen.

Walter Kehl, walter.kehl@outlook.com
Heidi Heine, h.heine@gruene-tg.ch

Bild: Walter Kehl und Sandra Fässler erarbeiten mit den Teilnehmenden ein neues Wirtschaftsmodell.



MITGLIEDERVERSAMMLUNG

DER GRÜNEN ST.GALLEN

Am Samstag, 8. Mai fand die ordentliche Mitgliederversammlung der GRÜNEN Kanton St.Gallen in digitaler Form statt. Mit einer Totalrevision der Statuten wurde ein wichtiger Meilenstein für die Weiterentwicklung der Parteistrukturen gesetzt.

DBO. Präsident Daniel Bosshard blickte an der digitalen Mitgliederversammlung auf ein intensives Jahr zurück, das ganz im Zeichen der Professionalisierung stand. Im Spätsommer konnte mit Sebastian Koller eine politisch erfahrene Person als Partei- und Fraktionssekretär gewonnen werden. Ende Jahr bezog das Sekretariat eine Räumlichkeit in einer Bürogemeinschaft unweit des Regierungsgebäudes. Weiter wurden im vergangenen Partejahr drei Arbeitsgruppen neu aufgebaut und die Website in ein neues Erscheinungsbild überführt. Als weiterer wichtiger Schritt in der Professionalisierung der Partei wurden an der Mitgliederver-

sammlung die totalrevidierten Statuten verabschiedet (siehe unter www.gruene-sg.ch/statuten).

Zwei Verabschiedungen aus Vorstand
Nach 12 Jahren trat der St.Galler Kantonsrat Basil Oberholzer aus dem Vorstand zurück. Nationalrätin Franziska Ryser würdigte in ihrer Laudatio das langjährige, enorme Engagement von Basil Oberholzer für die Jungen Grünen und die GRÜNEN des Kantons St.Gallen. Ebenfalls nicht zur Wiederwahl in den Vorstand stellte sich Kantonsrätin Margot Benz, die sich künftig auf ihr Kantonsratsmandat und die Leitung zweier Arbeitsgruppen konzentrieren möchte.

Region Sarganserland neu im Vorstand vertreten

Neu in den Vorstand gewählt wurde Loredana Kocher. Die 30-jährige Lehrerin aus Sargans soll die Verbindung der Kantonalpartei mit dem Sarganserland stärken. Ziel ist es denn auch, dass in der südlichsten Region des Kantons in naher Zukunft eine Regionalpartei gegründet wird. Personelle Veränderungen gab es auch in der Delegation, welche die St.Galler Kantonalpartei bei den GRÜNEN Schweiz vertritt: Als neue

Delegierte wurden Judith Durot aus Uzwil und Ladina Bischof aus Engen gewählt.

Neben den statutarischen Geschäften wurden zudem die Parolen zu insgesamt 9 Vorlagen (5 national und 4 kantonal) für die vergangenen Abstimmungen vom 13. Juni gefasst.

WECHSEL IN DER FRAKTION

Die Grüne Fraktion des St.Galler Kantonsrates erlebt einen Wechsel. Basil Oberholzer ist per Ende der Juni-Session 2021 als Kantonsrat zurückgetreten. Für ihn rutscht in der September-Session der aktuelle Präsident der GRÜNEN Kanton St.Gallen, Daniel Bosshard nach.

Bei Basil Oberholzer stehen berufliche Veränderungen an. Der Ökonom wird künftig für das Global Green Growth Institute arbeiten, was mit dem Kantonsratsmandat nicht vereinbar ist.

Der Vorstand der GRÜNEN Kanton St.Gallen und die Grüne Kantonsratsfraktion bedanken sich herzlich bei Basil Oberholzer für sein langjähriges und wertvolles Engagement und wünschen ihm für seine Zukunft alles Gute.

Danke Basil!



Loredana Kocher ist neu im Kantonalvorstand als Vertreterin der Region Sarganserland.



Bild: Donato Caspari

OFFENES MIKROFON FÜR KANTONSRÄTINNEN

In den Räten der Kantone Thurgau und St.Gallen haben grüne Frauen einen Vorstoss für eine Halbtagesession an der nur Frauen sprechen dürfen, eingereicht. Die Antwort der Parlamentspräsidien fällt bescheiden aus.

KEG. Anlässlich des 50-jährigen Frauenstimmrechts schlugen die grünen St.Gallerinnen Margot Benz, Jeanette Losa, Tanja Tschokke und die Thurgauerin Sandra Reinhart (mit Vertreterinnen der CVP, EVP, FDP, GLP und SP) vor, den Frauen eine besondere Stimme zu geben. An einem Halbttag sollen sich im Rahmen eines freiwilligen Agreements im Kantonsrat nur Frauen an der Debatte beteiligen.

Die Antwort der beiden Parlamentspräsidien ist ähnlich. Sie teilen die Einschätzung der Interpellantinnen, dass das Ungleichgewicht der Geschlechter auch heute noch zu gross ist und anerkennen die Anstrengungen für die Gleichberechtigung. Beide lehnen den Vorschlag aus rechtlichen Gründen ab. Er beschränke die Redefreiheit und sei ein Eingriff in den Kern der parlamentarischen Arbeit. Ein Frauenhalbttag könne nur mit einem freiwilligen und unverbindlichen Übereinkommen aller Fraktionen umgesetzt werden.

Das St.Galler Präsidium steht einem solchen Übereinkommen positiv gegenüber, während das Thurgauer Präsidium skeptisch ist. Die Thurgauer würden immerhin Hand bieten z.B.

für einen ausserparlamentarischen Frauengipfel. Der Ball liegt also wieder bei den Frauen. Sandra Reinhart meint dazu: «Ich hätte vom Präsidium mehr Unterstützung erwartet. Den Kampf überlässt man wie meistens in den letzten 50 Jahren den Frauen. Wir werden jedenfalls dran bleiben».

Sandra Reinhart ist neue Präsidentin der grünen Fraktion im Grossen Rat TG KEG. Peter Dransfeld ist zum Präsidenten des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins SIA gewählt worden und möchte deshalb in der Politik etwas kürzer treten. Er war zwei Jahre Fraktionspräsident. Der SIA ist der massgebende Berufsverband für qualifizierte Fachleute der Bereiche Bau, Technik und Umwelt mit über 16'000 Mitgliedern. Die GRÜNEN Thurgau sind stolz, dass eines ihrer Mitglieder einen so wichtigen Verband präsidieren darf und gratulieren Peter Dransfeld ganz herzlich zur Wahl.

Sandra Reinhart ist seit dem 1. Mai Präsidentin der grünen Fraktion im Grossen Rat. Obwohl Sandra Reinhart erst seit 2020 im Rat Einsitz hat, bringt sie einen gefüllten Rucksack mit Fähigkei-

ten mit. 2019 wurde Sandra Reinhart in den Stadtrat von Amriswil gewählt und war viele Jahre Präsidentin der GRÜNEN Amriswil. Sie hat auch für den Nationalrat kandidiert und dabei ein sehr gutes Resultat erzielt. Vizepräsident ist neu Didi Feuerle. Er ist zudem Stadtrat in Arbon.

Leider ist es uns am 26. Mai nicht gelungen, das Vizegrossratspräsidium zu erobern. Obwohl wir mit der qualifizierten Kandidatin Karin Bétrisey angetreten waren, konnte keine Mehrheit erzielt werden. Wir werden in den nächsten Jahren weiterhin um das Präsidium kämpfen.



GRATULATION

Die GRÜNEN Thurgau gratulieren dem Kantonsrat Bernhard Braun ganz herzlich zur Wahl als Gemeindepräsident von Eschlikon. Bernhard Braun ist seit Silvia Schwyter (1995 bis 2011 als Frau Gemeindevorsteherin in Sommeri) das erste und einzige grüne Gemeindeoberhaupt des Kantons.



NACHGEFRAGT BEI

JEANNETTE LOSA

Seit rund einem Jahr sitzt Jeannette Losa aus Mörschwil im St.Galler Kantonsrat. Die 58-jährige Pflegefachfrau und Elternberaterin erzählt uns, wie sie sich im Corona-Jahr im Kantonsrat eingelebt hat, was ihre politischen Schwerpunkte sind und wie es ist, als GRÜNE auf dem Land zu politisieren.

Wie hast du dich im Kantonsrat eingelebt?

Meine Wahl in den Kantonsrat fiel letztes Jahr in die Zeit des Corona-Lockdowns. Da viele Anlässe und Aktivitäten wegfielen, hatte ich viel Zeit mich gründlich auf die erste Session vorzubereiten. Ich konnte bereits einige, auch überparteiliche Kontakte knüpfen und in einzelnen Kommissionen mitwirken. Die gute und positive Zusammenarbeit sowie die stets vorhandene Unterstützung in der Fraktion haben ebenfalls dazu beigetragen, dass ich die neue Aufgabe bewältigen kann.

Was gefällt dir an der politischen Arbeit im Kantonsrat?

Es ist unglaublich spannend, horizont-erweiternd und bereichernd! Ich habe mich während dem ersten Legislaturjahr mit sehr vielen unterschiedlichen Themen beschäftigt. Ich schätze die politischen Diskussionen, das Engagement und den Austausch mit anderen Menschen, auch dann, wenn sie nicht die gleiche Haltung vertreten wie ich.

Was gefällt dir weniger?

Aufgrund der Sitzverteilung im Kantonsrat haben wir GRÜNEN oft einen schweren Stand und müssen mit

schmerzvollen Niederlagen zurechtkommen. Eine davon ist sicher das zahnlose, verwässerte und praktisch wirkungslose Energiegesetz. Dass in der heutigen Klimasituation noch solche Entscheidungen getroffen werden, macht mich betroffen. Trotzdem gibt es immer wieder kleine Lichtblicke, Minischritte in die richtige Richtung, die das Engagement lohnenswert machen.

«Kleine Lichtblicke machen das Engagement im Kantonsrat lohnenswert.»

Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Der Klima- und Umweltschutz ist für mich klar das brennendste Thema. Durch meine Ausbildung und berufliche Tätigkeit habe ich aber mehr Fachwissen und Ressourcen in Themen wie Sozialpolitik, Familienpolitik, Gesundheit und Bildung. Zu meinen eingereichten Vorstössen gehören aber auch Umweltthemen wie das nicht gelöste Problem des Strassenabwassers im Naturschutzgebiet Augarten in der Gemeinde Niederuzwil.

Wie ist es, als grüne Politikerin auf dem Land zu politisieren?

In Mörschwil sind die GRÜNEN Aus-

senseiter. Das ist für mich aber kein Problem. Ich habe vor 20 Jahren gemeinsam mit einer Nachbarin gegen viel Widerstand den Mittagstisch Mörschwil aufgebaut und während fünf Jahren geleitet. Es gab Leute, die haben mich deshalb während Jahren nicht mehr gegrüsst. Heute würde es einen Sturm der Entrüstung geben, wenn wir dieses Angebot nicht mehr in der Gemeinde hätten.

ZUR PERSON

Jeannette Losa wuchs in Zürich auf und lebt nun seit 22 Jahren in Mörschwil. Mit ihrem Mann Michele hat sie drei erwachsene Kinder, eine Tochter und zwei Söhne.

Jeannette hat ursprünglich die Ausbildung zur Pflegefachfrau abgeschlossen. Berufsbegleitend absolvierte sie später die höhere Fachausbildung für die Beratung sowie die Ausbildung zur Erwachsenenbildnerin. Seit 14 Jahren unterrichtet sie an der Oda Gesundheitsschule, wo sie angehende Fachangestellte Betreuung Kind ausbildet. Zudem ist sie als selbständige Beraterin für Eltern und Fachpersonen Kind unterwegs.

In ihrer Freizeit treibt sie regelmässig Sport (Fahrradfahren, Tanzen, Yoga, Wandern etc.). An Ostern giesst sie die Schokoladen-Osterhasen selber, eine Familientradition, die sie übernommen hat.



Bild: Parlamentsdienste Béatrice Devènes

AUF DEN SPUREN

DES FRAUENSTIMMRECHTS

Am **Freitag, 20. August 2021, 13.00-15.00 Uhr** machen wir uns im Bundeshaus in Bern auf die Spuren des Frauenstimmrechts.

Anmeldung

Heidi Heine
h.heine@gruene-tg.ch oder
SMS an 079 838 39 22

Die Platzzahl ist beschränkt. Die Anmeldung gilt erst nach einer Reservationsbestätigung. **Achtung:** ID nicht vergessen. Ohne Reservationsbestätigung und Ausweis wird kein Einlass ins Bundeshaus gewährt.

OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- VERDA Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.verda-gr.ch
info@verda.gr
- GRÜNE Schaffhausen
Postfach 1053
8201 Schaffhausen
079 405 74 24
www.gruene-sh.ch
rita.schirmer@gruene-sh.ch
- GRÜNE St.Gallen
Harfenbergstr. 17
9000 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

Anreise

Individuell oder mit dem Zug.

Abfahrt Zug

10.48 Uhr ab Romanshorn / 11.31 Uhr Winterthur / 10.58 Uhr St.Gallen / 11.04 Uhr Wil SG / 11.14 Uhr Rapperswil SG / 11.35 Uhr Sargans / 10.43 Uhr Glarus / 10.37 Uhr Chur / 11.17 Uhr Schaffhausen

Treffpunkt

Zugrestaurant oder Bundeshaus-Terrasse.

- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 3/21
1. November 2021

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

- www.gruene-gl.ch
- **Dienstag, 10.8.** Sommer-Umtrunk und Ideenaustausch GRÜNE GL, Ochsenplatz, Niederurnen
 - **Freitag, 20.8. 18:00 Uhr** HV und Grillfest GRÜNE GL, Pfadiheim, Netstal
 - **Samstag, 28.8. 13:45 Uhr** Baumexkursion, Netstalerstrasse, Mollis
 - **Sonntag, 5.9.** Landsgemeinde 2021
 - **Samstag, 11.9. 19.00 Uhr** Fest GRÜNE Frauen Glarus, Güterschuppen, Glarus

Graubünden

- www.verda-gr.ch
- **Montag, 16.8. 19.00 Uhr** Offene Vorstandssitzung (Anmeldung und Infos unter info@verda-gr.ch)

Schaffhausen

- www.gruene-sh.ch
- **Donnerstag, 19.8.** Mitgliederversammlung
 - **Donnerstag, 28.10.** Mitgliederversammlung

St.Gallen

- www.gruene-sg.ch
- jeweils 1. **Donnerstag des Monats, ab 17.30 Uhr** Grüner Stammtisch, GRÜNE Stadt SG, Restaurant Splügen, St.Gallen
 - **Dienstag, 24.8. 19.30 Uhr** Offene Vorstandssitzung GRÜNE Linth*
 - **Mittwoch, 25.8.** Mitgliederversammlung GRÜNE SG (prov.)
 - **Mittwoch, 8.9. 19.00 Uhr** Besuch inkl. Führung auf dem Areal Bach, GRÜNE Stadt SG, St.Fiden St.Gallen.*
 - **Dienstag, 14.9. 19.30 Uhr** Offene Vorstandssitzung GRÜNE Linth*
 - **Samstag, 30.10. 8.30 Uhr** Naturschutzeinsatz im Kaltbrunner Riet, GRÜNE Uznach und Linth
 - **Dienstag, 26.10.** Mitgliederversammlung GRÜNE SG (prov.)
 - **Dienstag, 16.11. 19.30 Uhr** Offene Vorstandssitzung GRÜNE Linth*
- * Anmeldung und Infos bei Urs Bernhardsgrütter (078 880 92 58)

Thurgau

- www.gruene-tg.ch
- **Samstag, 26.8. 20:00 Uhr** Mitgliederversammlung GRÜNE TG, Bezirk Weinfelden
 - **Samstag, 11.9.** Tagesausflug zum Jubiläum der GRÜNEN Frauen Glarus
 - **Samstag, 15.9.** Fraktionsausflug
 - **Freitag, 1.10.** Herbstessen Fraktion und Vorstand
 - **Samstag, 25.10. 20:00 Uhr** Mitgliederversammlung GRÜNE TG, Bezirk Frauenfeld

Ostschweiz und National

- **Samstag, 21.8.** DV der GRÜNEN CH
- **Sonntag, 26.9.** Abstimmungen
- **Samstag, 13.11.** DV der GRÜNEN CH
- **Sonntag, 28.11.** Abstimmungen